

N°12

Berlin Review

Juni 2025

Essay

Omer Bartov

*«Grenzenlose Lizenz» – der israelische Genozid in Gaza*

Aus dem Englischen von Tobias Haberkorn

Auch erschienen in Berlin Review *Reader 4*

Veröffentlicht am 15.05.2025

## I.

Am 12. Januar 1904 verübten die Herero in Deutsch-Südwestafrika, im heutigen Gebiet Namibias, eine Reihe von Angriffen auf verstreute deutsche Siedlungen. Die Herero, ein Hirtenvolk von etwa 80.000 Menschen, waren für ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben auf ihre riesigen Viehherden angewiesen. Deutsche Siedler, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert in ihren Gebieten niederließen, beschlagnahmten zunehmend ihr Weideland.

Die Aufständischen zerstörten viele deutsche Farmen und töteten mehr als einhundert Siedler, wobei sie Frauen und Kinder meist aussparten. Die Siedler nahmen den Aufstand als endgültigen Beweis, dass die Herero, die sie in Abwandlung des englischen Wortes für Pavian «Bambusen» nannten, auszurotten seien. Unfähig, selbst die Ordnung wiederherzustellen, ließ der deutsche Gouverneur 10.000 Soldaten aus Berlin rufen. Bis August hatten diese den Herero-Aufstand niedergeschlagen. Im Oktober erließ der deutsche Befehlshaber, Generalleutnant Lothar von Trotha, den sogenannten Vernichtungsbefehl für die verbliebenen Kämpfer:



### Auch erschienen in Berlin Review Reader 4

«Die Herero sind nicht mehr Deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. (...) Das Volk der Herero muß (...) das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen.»

Die meisten Herero wurden erschossen oder verdursteten und verhungerten in der Wüste, in die sie getrieben wurden. Mehrere Tausend wurden in Zwangsarbeitslager verbracht.

Jahrzehntelang ignorierten Historiker und die Öffentlichkeit diesen ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts an den Herero und kurze Zeit später an den Nama, einer weiteren in Namibia ansässigen Volksgruppe. Die berühmte deutsche Vergangenheitsbewältigung drehte sich um den Holocaust, nicht um längst vergessene Kolonialverbrechen. Erst 2021 entschuldigte sich Außenminister Heiko Maas im Namen Deutschlands für das «unermessliche Leid, das den Opfern zugefügt wurde», und versprach mehr als eine Milliarde Euro Reparationszahlungen. Die Verteilung dieses Geldes bleibt auch deshalb umstritten, weil die deutsche Regierung sich weigert, die Herero und Nama direkt zu entschädigen. Stattdessen einigte sie sich mit der namibischen Regierung auf eine gemeinsame Absichtserklärung.

Der lange zurückliegende Völkermord am Beginn des 20. Jahrhunderts weist bemerkenswerte Parallelen mit Israels Kampagne der ethnischen Säuberung und Vernichtung im Gazastreifen auf. Ähnlich wie die Deutschen den Herero-Angriff 119 Jahre zuvor, sah Israel den Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 als ultimative Bestätigung, dass die militante Gruppe absolut wild und barbarisch sei und dass

Widerstand gegen die israelische Besatzung immer in Mord münden würde, ja dass die palästinensische Bevölkerung Gazas als ganze aus dem moralischen Universum der Zivilisation gefallen sei. «Menschliche Tiere muss man auch als solche behandeln», sagte der israelische Generalmajor Ghassan Alian (der Druse ist) kurz nach dem Angriff und schloss sich damit mehreren israelischen Amtsträgern an, darunter dem inzwischen entlassenen Verteidigungsminister Yoav Gallant.

«Es wird in Gaza keinen Strom und kein Wasser geben. Es wird nur Zerstörung geben. Ihr wolltet die Hölle, jetzt bekommt ihr sie», sagte Alian in einer arabischsprachigen Videobotschaft an die Hamas und die Bevölkerung Gazas. In den folgenden siebzehn Monaten töteten die israelischen Streitkräfte mehr als 50.000 Palästinenser:innen, darunter schätzungsweise 70 Prozent Zivilist:innen, verstümmelten weit über 100.000 weitere und zwangen der übrigen Bevölkerung unmenschliche Entbehrungen, Leiden und Schmerzen auf. Ein am 19. Januar 2025 in Kraft getretener Waffenstillstand endete abrupt am 18. März, als Israel sich weigerte, zur zweiten Phase seines Abkommens mit der Hamas überzugehen, und eine Reihe einseitiger Angriffe startete. Schon in den ersten Tagen wurden Hunderte weitere palästinensische Zivilisten getötet.

*Off-White: The Truth About Antisemitism* Rachel Shabi  
Oneworld Nov. 2024 281 S.

*Gaza im Auge der Geschichte* Enzo Traverso übers. v. André Hansen  
Wirklichkeit Books Nov. 2024 123 S.

*Being Jewish After the Destruction of Gaza* Peter Beinart  
Atlantic Books Jan. 2025 172 S.

*Die Welt nach Gaza* Pankaj Mishra übers. v. Laura Su Bischoff  
S. Fischer Feb. 2025 304 S.

*To Be a Jewish State: Zionism as the New Judaism* Yaacov Yadgar  
New York University Press Nov. 2024 215 S.

*What Does Israel Fear from Palestine?* Raja Shehadeh  
Other Press Juni 2024 113 S.

*כיבוש מבית (Von innen besetzt)* Michael Sford  
Berl Katznelson Center März 2025 181 S.

*The Bitter Landscapes of Palestine* Margaret Olin, David Shulman  
The University of Chicago Press Juli 2024 227 S.

*The Message* Ta-Nehisi Coates  
One World Okt. 2024 235 S.

*Don't Look Left: A Diary of Genocide* Atef Abu Saif  
Beacon Press März 2024 280 S.

*Une étrange défaite: Sur le consentement à l'écrasement de Gaza* Didier Fassin  
La Découverte Sept. 2024 198 S.

In einer anderen Hinsicht sind die Ereignisse von 1904 und 2023 weniger symmetrisch. Die Deutschen konnten den Völkermord an den Herero rechtfertigen, indem sie vorgaben, gegen «Wilde» zu kämpfen – und sie konnten ihn vergessen, weil er weit weg von Europa und gegen eine Gruppe stattfand, die außerhalb Südwestafrikas niemand kannte. Auch Israelis begehen in Gaza einen Völkermord, weil sie glauben, «Wilde» zu bekämpfen. Die Rechtfertigung ihres Handelns beruht jedoch auf der Überzeugung, einem anderen Völkermord zuvorzukommen, der dem Holocaust gleichkäme und von militanten, sich für die nächste «Endlösung» warmlaufenden Hamas-Kämpfern verübt werden würde. Als einer von vielen bestand der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett darauf, dass «wir gegen Nazis kämpfen». Die Holocaust-Historikerin Dina Porat schrieb am 21. Oktober 2023 in *Haaretz*, die Hamas habe «einen brennenden Hass auf den Teufel kultiviert, den sie in ihrer Fantasie erschaffen hat, wie es die Nazi-Ideologie zu ihrer Zeit tat». Bei einer Umfrage im Mai 2024 gab mehr als die Hälfte der befragten Israelis an, der Hamas-Angriff habe Ähnlichkeit mit dem Holocaust.

Der Völkermord an den Herero war Teil der mörderischen Gewalt, die europäische Kolonisatoren weltweit gegen indigene Völker verübten. Wie Aimé Césaire 1950 in seinem *Discours sur le colonialisme* schrieb, nahmen die weißen Europäer dies erst dann zur Kenntnis, als Hitler «kolonialistische Methoden auf Europa anwendete, denen bislang nur die Araber Algeriens, die Kulis Indiens» und die Schwarzen Afrikas ausgesetzt gewesen waren. Die Europäer hatten, so Césaire, «diesen Nazismus geduldet, ihm die Absolution erteilt, die Augen vor ihm verschlossen, ihn legitimiert», bis er unter der Nazi-herrschaft als *choc en retour* zu ihnen

zurückgekommen sei. Es ist eine andere Frage, ob Césaires Schüler Frantz Fanon Recht hatte, als er in *Schwarze Haut, weiße Masken* schrieb, die Juden seien gewiss «gehänfelt, verfolgt, ausgerottet, vergast» worden, der Völkermord an ihnen lasse sich jedoch als eine «kleine Familiengeschichte» erzählen, als ein Fall von Weißen, die Weiße ermorden. Ganz abgesehen von den Millionen von Juden mit nichteuropäischen Wurzeln waren und sind auch die Juden europäischer Abstammung in vielerlei Hinsicht weniger weiß als andere Weiße. Ihr Weißsein, was auch immer es wert sein mag, gilt als fragwürdig und bedingt, wie Rachel Shabi in *Off-White* festhält. «Europäisch-jüdische Gemeinschaften mögen im ganzen Westen in weiße Mehrheiten eingegliedert worden sein», schreibt Shabi, «doch es bleibt eine anhaltende Ambivalenz.» Die Tatsache, dass die Juden «zunächst von ihr getrennt waren und erst dann von der definierenden Mehrheit aufgesogen wurden», lasse jüdisches Weißsein «kontingent und abgeschwächt» erscheinen.

Der Völkermord an den Juden hinterließ in Europa derart tiefe Spuren, dass Deutsche und andere Europäer, anders als im Fall der Herero, mit ihrem Vergessen und Verdrängen nicht durchkamen. Sie scheiterten daran, den Holocaust in die Vergangenheit zu verbannen und das zu ziehen, was man auf Deutsch einen Schlusstrich nennt. Stattdessen wurde der Holocaust zu dem Ereignis, das nie vergessen werden und das sich niemals wiederholen darf. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust schuf einen Mechanismus zur Bekämpfung anderer Gräueltaten in Form des humanitären Völkerrechts. Zugleich errichtete sie ein moralisches Exempel. Jahrzehntlang, schreibt Enzo Traverso in *Gaza im Auge der Geschichte*, diente die «zivile Religion» des Holocaust «als Erinnerungsparadigma für andere Genozide und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von den Militärdiktaturen Lateinamerikas über den Holodomor in der Ukraine bis zu Bosnien und dem Genozid an den Tutsi in Ruanda.»

Die Holocausterinnerung lieferte aber auch eine Art Freibrief. In *Being Jewish After the Destruction of Gaza*, einem bewegenden Bericht über seine Wandlung von einem starken Befürworter Israels zu einem entschiedenen Kritiker des Zionismus, erzählt Peter Beinart, wie jüdisches Leben nach dem Holocaust von einem Gefühl «falscher Unschuld» durchdrungen wurde, «das Herrschaft als Selbstverteidigung tarnt». Erinnerung verpflichtet, zumal, wenn sie mit der absoluten Entschlossenheit einhergeht, einen Holocaust «nie wieder» zuzulassen. Wenn dieses «Nie wieder» aber nicht mehr nur ein Slogan ist, sondern Teil einer staatlichen Ideologie, wenn es zum Prisma wird, das jede Bedrohung, jedes Sicherheitsproblem, jede Herausforderung an die Legitimität oder Rechtschaffenheit des Staates in eine existenzielle Gefahr umdeutet, dann darf es bei der Verteidigung derjenigen, die schon einmal ihrer Vernichtung ins Auge sahen, keine Grenzen geben. Eine solche Weltanschauung, erläutert Beinart, erteilt «fehlbaren Menschen eine grenzenlose Lizenz».

Wer militante Hamas-Kämpfer als moderne Nazis definiert, kann sich Israel auch als

einen Racheengel vorstellen, der seine Feinde mit Schwert und Feuer ausrottet. In meiner Kindheit und Jugend in Israel galt der Holocaust als ein Symbol von Schande und Verleugnung: als Ereignis, bei dem Juden sich wie Schafe zur Schlachtbank führen ließen. Mit den Jahren, als ich älter wurde, wandelte sich seine Bedeutung. Der Holocaust wurde zu einer Geschichte der Solidarität, des Stolzes und des jüdischen Heldentums. Es ist dieses Bewusstsein des «Nie wieder», das es den meisten jüdischen Bürgern Israels gestattet, sich auch dann noch moralisch überlegen zu fühlen, wenn ihre Armee, ihre Söhne und Töchter, ihre Enkelkinder jeden Quadratmeter des Gazastreifens pulverisieren. Auf perverse Weise wurde die Erinnerung an den Holocaust eingespannt, um die Auslöschung Gazas und das außerordentliche Schweigen zu rechtfertigen, das diese Gewalt begleitete.

Wenn wir die Getöteten und Verwundeten in Betracht ziehen, die Tausenden noch unter den Trümmern Begrabenen, die Tausenden «indirekten» Todesopfer durch die Zerstörung der meisten medizinischen Einrichtungen, die Tausenden von Kindern, die sich von den Langzeitfolgen des Hungers und des Traumas nie ganz erholen werden, dann müssen wir zu dem Schluss kommen, dass Israel dem palästinensische Volk in Gaza, das größtenteils aus Geflüchteten nach der Teilung Palästinas 1948 und ihren Nachkommen besteht, vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegt, «die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen», wie es in Artikel II(c) der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes der Vereinten Nationen von 1948 heißt. Dies ist eine Realität, mit der sich der Rest der Welt und insbesondere Israels westliche Verbündete sowie die jüdischen Gemeinden in Europa und den Vereinigten Staaten noch viele Jahre auseinandersetzen werden. Wie konnte es geschehen, dass mitten im 21. Jahrhundert, achtzig Jahre nach dem Ende des Holocaust und der Schaffung eines internationalen Rechtssystems – das genau auf die Verhinderung solcher Verbrechen abzielt – der Staat Israel, der sich selbst als Antwort auf den Völkermord an den Juden definiert und bezeichnet, nahezu ungestraft und vor aller Augen einen Völkermord an den Palästinensern begeht? Wie können wir mit der Tatsache umgehen, dass Israel ausgerechnet mit Verweis auf den Holocaust genau jene Rechtsordnung zerschlagen hat, die zur Verhinderung der Wiederholung eines solchen «Verbrechens der Verbrechen» erfunden wurde?

## 2.

**Der Genozid in Gaza bildet den Hintergrund, aber nicht unbedingt den Schwerpunkt einer Reihe von Debatten, die lange vor dem 7. Oktober begannen und sich seither noch zugespitzt haben. Einige dieser Debatten konzentrieren sich auf einen vermeintlichen Genozid – nicht auf jenen, der sich nun tatsächlich vor unseren Augen abspielt. Der innerjüdische Streit über Gaza hat Gemeinschaften, Familien**

und Freundschaften zerrissen. Nach dem Angriff der Hamas leben viele Juden – nicht nur in Israel, auch in der Diaspora – mit dem Gefühl, von einem Völkermord bedroht zu sein, und empfinden es als schlimmsten Verrat, wenn jemand, schlimmstenfalls ein anderer Jude, behauptet, nicht die Palästinenser, sondern Israel verübe einen Genozid. Um die Vehemenz, die Wut und das Gefühl der Verletzlichkeit zu verstehen, das diese Auseinandersetzung prägt, muss man sich mit der gesamten israelischen und palästinensischen Geschichte beschäftigen: eine Herausforderung, der sich in jüngerer Zeit eine Reihe sehr unterschiedlicher Bücher gestellt haben.

In *Die Welt nach Gaza* geht Pankaj Mishra bis ins 19. Jahrhundert zurück. Er evoziert die Atmosphäre des Verrats und der Not, die den Zionismus in den Jahrzehnten vor der Staatsgründung prägte. Einfühlsam beschwört er «die Qualen des spirituell entwurzelten Juden, von dem der frühe Zionist Max Nordau sagte: «Die Heimat des Ghettos hat er verloren, das Geburtsland versagt sich ihm als Heimat»», und führt aus, wie sich jene Qualen in den Augen vieler Juden «nur unter ihresgleichen» heilen ließen. Für Mishra ist es «unerlässlich, die Ohnmacht und Marginalisierung zu untersuchen, denen der Zionismus ursprünglich abzuwenden versuchte – eine Situation, die sich häufiger in der Geschichte Asiens und Afrikas als der Europas und Nordamerikas findet und immer noch schmerzlich ungelöst ist».

Zwei entgegenlaufende Motive identifiziert er im Zionismus: den Drang nach Freiheit, Achtung und Würde, und einen Impuls zum Ethnonationalismus, der sich in einem siedlerkolonialen Projekt ausdrückte. Ähnlich «wie für die Hindus und Muslime Südasiens» habe es auch «für die Juden und Araber Palästinas (...) viele Möglichkeiten einer Selbstbestimmung» gegeben. Doch sie wurden zunichte gemacht von «all den Katastrophen» der Jahrhundertmitte: «der Zweite Weltkrieg, der Holocaust, die staatenlosen und weltweit unwillkommenen jüdischen Flüchtenden, die Erschöpfung des britischen Empire und der aufkommende Kalte Krieg».

Unter diesen katastrophalen Vorzeichen standen der UN-Teilungsplan und der Krieg von 1948, die Staatsgründung Israels sowie die Nakba, das heißt die Vertreibung der großen Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung, etwa 750.000 Menschen, aus dem späteren jüdischen Staat. Um sein historisches und moralisches Existenzrecht zu bekräftigen, gab der neugegründete Staat am 14. Mai 1948 ein bemerkenswertes Dokument heraus, die Unabhängigkeitserklärung oder «Schriftrolle der Unabhängigkeit». Sie versprach allen Bürgern, einschließlich der «in Israel lebenden Araber», gleiche Rechte und Würde. Wäre aus diesem Geist heraus eine Verfassung beschlossen worden, sie hätte den Staat auf liberale und demokratische Grundlagen stellen können. Doch das ist nie geschehen. Es folgte keine Verfassung, und der rechtliche Status der Unabhängigkeitserklärung ist bis heute umstritten. Noch während der erste israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion fieberhaft verschiedene Versionen der Erklärung ausarbeitete, waren jüdische Milizen und später die IDF damit beschäftigt, die palästinensische Mehrheit im Landesgebiet

durch Einschüchterung und gewaltsame Vertreibung in eine Minderheit zu verwandeln.

Der Zionismus wurde zur Leitideologie Israels, und zwar in Form der ambivalenten Definition, die man der Unabhängigkeitserklärung entnehmen konnte. Israel, heißt es da, werde «ein jüdischer Staat» sein, der jedoch «all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürg[t]». Für die palästinensischen Bürger war dies ein gebrochenes Versprechen. Das Wort «Demokratie» kam in der Erklärung bezeichnenderweise nicht vor. Erst 1992, im Zuge einer geduldigen, zähen und torpedierten Kampagne verschiedener israelischer Parlamentarier und des Obersten Gerichts, beschloss die Knesset ein Grundgesetz, das Israel als jüdischen und demokratischen Staat definierte. Ein neues Grundgesetz aus dem Jahr 2018 konterkariert jedoch das alte, indem es das «Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israels» zum ausschließlichen Privileg des jüdischen Volkes erklärt.

**Was unterscheidet aber einen «Staat für die Juden» von einem «jüdischen Staat»?** In seiner provokativen Studie *To Be a Jewish State* argumentiert Yaacov Yadgar, dass es sich dabei um «zwei unterschiedliche, entgegengesetzte, ja sogar widersprüchliche politische Projekte» handele. Ein jüdischer Staat ist ein Staat, dessen Charakter durch das Judentum definiert ist, ein Staat für die Juden hingegen einfach einer mit mehrheitlich jüdischer Bevölkerung. Er ist mehr ethnisch als durch seine Beziehung zur jüdischen Religion definiert. Ein von Theodor Herzl, dem Begründer des politischen Zionismus, imaginerter Staat konnte liberal und säkular sein. Ein jüdischer Staat bekennt sich zur jüdischen Religion als seinem eigentlichen Wesenskern.

Yadgar zeigt die Widersprüche zwischen diesen beiden Staatsauffassungen anhand einer berühmten Urteilsbegründung des israelischen Obersten Richters Aharon Barak auf, der die Landzuteilung ausschließlich an Juden für verfassungswidrig erklärte. Die Rückkehr des jüdischen Volkes in seine Heimat leite sich «aus den Werten des Staates Israel als zugleich demokratischer und jüdischer Staat her», schreibt Barak, und diese Werte forderten die «Gleichberechtigung von Religionen und Nationalitäten» ein. Wie lässt sich dieses Urteil aber mit der Tatsache vereinbaren, dass das israelische Rückkehrgesetz, vom Obersten Gerichtshof ausgelegt, die Vergabe der Staatsbürgerschaft an Juden gegenüber allen anderen Religionen und Nationalitäten privilegiert – und wie mit der Tatsache, dass dasselbe Gericht das israelische Siedlungsprojekt im Westjordanland billigte?

Es fällt schwer, den Schluss zu vermeiden, dass die liberale und säkulare Definition des Zionismus nicht weniger ausgrenzend ist als die religiöse und dass die Bekenntnisse zu Gleichheit und Demokratie für alle durch die Privilegierung einer Ethnie über eine andere zunichte gemacht wurden. Zwischen dem Erwachsenwerden meiner eigenen Generation, den ersten in Israel geborenen Israelis, und der

Generation von heute ist Israel immer jüdischer geworden. In Gesellschaft, Kultur und Politik hat die Religion eine größere Bedeutung erlangt. Der Staat ist aber auch zunehmend davon besessen, ein Staat für Juden und nur für Juden zu sein, wie das Nationalstaatsgesetz von 2018 verdeutlicht. Das Ergebnis ist die stetige Erosion demokratischer Werte im öffentlichen Leben nicht nur der palästinensischen Bürger Israels, sondern auch der jüdischen.

Bei aller Raffinesse hat *To Be a Jewish State* kaum etwas über die Palästinenser zu sagen, die etwa ein Fünftel der israelischen Staatsbürger ausmachen, während weitere fünf Millionen unter israelischer Besatzung im Westjordanland und in Gaza leben. Doch ist es unmöglich zu verstehen, was es für Israel bedeutet, ein jüdischer Staat zu sein, wenn man die Palästinenser, die heute zu gleicher Zahl wie die Juden das Gebiet des «historischen Palästina» bevölkern, einfach ausspart. Mit dem Begriff «israelisch-palästinensischer Konflikt» lässt sich die Beziehung zwischen den beiden Gruppen kaum noch beschreiben. Wie der altgediente palästinensische Menschenrechtsanwalt Raja Shehadeh seinem Buch *What Does Israel Fear from Palestine?* zeigt, war Israel nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen 1989, dem Ende des Apartheidregimes in Südafrika 1994 und der Ermordung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin 1995 nicht mehr bereit, den Palästinensern territoriale Zugeständnisse zu machen. Rabin war der letzte gewesen, der einen – wie auch immer unperfekten – Kompromiss mit den Palästinensern angestrebt hatte und die inzwischen zur führenden politischen Kraft des Land aufgestiegene Siedlerbewegung verachtete.

Die Madrider Konferenz von 1991 versuchte, den Friedensprozess wiederzubeleben – ein «Hoffnungsschimmer», schreibt Shehadeh. Das darauffolgende Osloer Abkommen war jedoch bereits «eine bittere Enttäuschung», weil es «die Besatzung neu verpackte» und «den größten Teil des Landes unter israelischer de-facto-Souveränität beließ». Liest man die beiden Bücher Shehadehs und Yadgars nebeneinander, dann fragt man sich, wie ein jüdischer Staat zwischen Fluss und Meer, der die Versprechen seiner Unabhängigkeitserklärung aufgegeben hat, je etwas anderes sein könnte als ein Apartheidstaat.

**In seinem in hebräischer Sprache** erschienenen Buch *כיבוש מבית* (*Von innen besetzt*) beschreibt der israelische Bürgerrechtsanwalt Michael Sfard – ein Enkel von Zygmunt Bauman, dem berühmten polnisch-jüdischen Soziologen und Autor von *Modernity and the Holocaust* (1989) – wie er nach langer Überlegung zu dem Schluss kam, dass die israelische Besatzung tatsächlich eine Form von Apartheid ist. Im Völkerrecht ist Apartheid als Herrschaftssystem und Verbrechen definiert. Historisch ist sie mit dem rassistischen Regime in Südafrika verbunden. Aber als Rechtsbegriff beruht sie nicht unbedingt auf einer klar umrissenen Rassenideologie.

Das Römische Statut von 1998, mit dem der Internationale Strafgerichtshof eingerichtet wurde, beschreibt das «Verbrechen der Apartheid» als

«unmenschliche Handlungen (...), die von einer rassistischen Gruppe im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer rassistischer Gruppen in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten».

In der Regel erhalten sich solche Regime durch systematische Diskriminierung beim Zugang zu Rechten und Ressourcen. (Sfard führt aus, dass das Völkerrecht den Begriff «rassistische Gruppe» anhand soziopolitischer, nicht biologischer Kategorien definiert: Er umfasst nicht nur «Rasse» und Hautfarbe, sondern auch nationale und ethnische Herkunft.) Um ein System als Apartheid zu bezeichnen, muss man nachweisen, dass die fraglichen «unmenschlichen Handlungen» nicht vorübergehend geschehen, sondern die Kontrolle und Unterdrückung der unterlegenen Gruppe aufrechterhalten, ja sogar auf Dauer stellen sollen. «Um die Schlussfolgerung zu vermeiden, dass die israelische Herrschaft in den besetzten Gebieten diese Definition erfüllt, muss man das Licht ausschalten, sich die Ohren zuhalten und alle Jalousien herunterlassen», schreibt Sfard. Nachdem er eine Reihe von Menschenrechtsfällen vor dem Obersten Gerichtshof Israels verhandelt hat, kommt er zu dem Schluss, dass ebendiese Institution über Jahrzehnte hinweg maßgeblich zur Umsetzung der Apartheid beigetragen hat. Nicht nur, weil sie sich «einer Antwort auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Siedlungen nach internationalem Recht» konsequent entzog, sondern auch, weil es die immer weitere Beschlagnahme von palästinensischem Land und die eklatant illegale Umleitung der Ressourcen besetzter Gebietes an die Siedler sanktionierte:

«Das Gericht hat eine Politik der gezielten Ermordung von (palästinensischen) Terrorverdächtigen gebilligt; es hat die verbreitete Praxis der Ausweisung von (palästinensischen) Regimegegnern, die gegen die Besatzung kämpfen, in den Libanon und nach Jordanien bestätigt; es hat die Beschlagnahme von Land (von palästinensischen Gemeinden) in großem Umfang für den Bau von Siedlungen erlaubt; es hat Hunderte von Fällen kollektiver, barbarischer, buchstäblich mittelalterlicher Bestrafung der Familien von (palästinensischen) Terrorverdächtigen durch den Abriss ihrer Häuser bestätigt (...); es bestätigte Tausende von Verhaftungen (von Palästinensern) ohne Gerichtsverfahren; es legte fest, dass Durchsuchungen (in palästinensischen Häusern) und Verhaftungen von (palästinensischen) Verdächtigen auf Beschluss eines Armeekommandanten ohne Gerichtsbeschluss legal sind; es ermöglichte die Aufrechterhaltung einer administrativen Verhinderung von Reisen ins Ausland für Hunderttausende (von Palästinensern); es sanktionierte und erleichterte die grausame Belagerung der Bevölkerung von Gaza (selbstverständlich alle Palästinenser) über fast zwei Jahrzehnte; und es überwachte den Betrieb eines separaten Rechtssystems für Israelis, die im Westjordanland leben.»

Margaret Olin, eine Religionswissenschaftlerin und ausgezeichnete Fotografin, und David Shulman, ein angesehener Indologe und häufiger Beiträger der *New York*

*Review of Books*, engagieren sich seit Jahren in Graswurzelinitiativen für den Schutz palästinensischer Hirten und Bauern vor jüdischen Siedlern und der IDF, besonders in den südlichen Hebronbergen. Ihr gemeinsamer Band *The Bitter Landscapes of Palestine* bietet einen Einblick in die Geschehnisse vor Ort.<sup>1</sup> Die Fotografien des Buches zeigen die Schönheit der Landschaft und die Lebensrealität der Palästinenser in der Region, mit der sie organisch verbunden zu sein scheinen, sowie die skrupellos-brutale Störung dieses Lebens durch vernichtungswütige israelische Siedler und Soldaten.

Während die palästinensischen Hirten Bilder von biblischen Israeliten evozieren, erscheinen die Siedler wie religiös eifernde Hooligans, die einen göttlich sanktionierten Ritus des Schlagens und Steinigens der Landbevölkerung durchlaufen. Die Soldaten machen gelangweilte Gesichter, wenn sie gleichgültig auf ihren Smartphones herumschauen. Doch sie tragen ihre hochgerüstete Kampfmontur, kriegsbereit zwischen Schafherden und zerfallenen Hirtenhütten.

**Die Realität dieses Systems** kann unvoreingenommene Besuchern aus dem Ausland, deren Blick nicht von angelesenem Wissen überformt ist, mit extremer Klarheit treffen. Im vergangenen Jahr griff das American Jewish Committee den amerikanischen Essayisten Ta-Nehisi Coates dafür an, dass er die Lage der besetzten Palästinenser mit der Jim-Crow-Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten verglich – er habe keine Ahnung von den Komplexitäten der Region. Als Coates im Mai 2023 das Westjordanland besuchte, verstand er sofort, dass ein Teil der dortigen Bevölkerung unter demokratischen Gesetzen, ein anderer unter willkürlicher Militärherrschaft lebt. Ein Besuch in Hebron führte ihm die «totale Kontrolle» vor Augen, die israelische Soldaten über alle Bewegungen in der Stadt ausübten: «Nach Lust und Laune hielten sie Leute an und verhörten sie.» Einmal, schreibt Coates in *The Message*, sei er «hinausgegangen, um in einem Laden ein paar Kleinigkeiten zu kaufen. Noch bevor ich dort ankam, kam ein Soldat von einem Kontrollpunkt, versperrte mir den Weg und forderte mich auf, meine Religion zu nennen. Er stutzte, als ich ihm sagte, dass ich keine habe, und fragte mich nach der Religion meiner Eltern. Als ich ihm sagte, auch sie seien nicht religiös, verdrehte er die Augen und fragte nach meinen Großeltern. Als ich ihm sagte, sie seien Christen, ließ er mich passieren.»

Dieser Soldat, stellt Coates fest, war schwarz. «Es gab überall viele <schwarze> Soldaten, die ihre Macht über die Palästinenser ausübten, von denen viele in Amerika als <weiß> angesehen worden wären.» Das erinnerte ihn «an etwas, was ich schon lange weiß, worüber ich geschrieben und gesprochen habe, und trotzdem war ich verblüfft, es hier so deutlich zu sehen: *Race* ist eine Machtstruktur und nichts anderes. (..) Ich verstand sofort, wo ich in der Hierarchie der Macht gelandet wäre, wenn ich diesem schwarzen Soldaten gesagt hätte, ich sei muslimisch. Auf dieser Straße, so weit weg von zu Hause, hatte ich plötzlich das Gefühl, durch Zeit und

Raum gereist zu sein.»

Im Sommer 2015 unternahm ich mit meiner zwanzigjährigen Tochter, die in den Vereinigten Staaten aufgewachsen ist, eine Reise nach Hebron, die von der NGO Breaking the Silence organisiert wurde, einer Gruppe ehemaliger IDF-Soldaten, die entschlossen sind, die Schrecken der Besatzung zu dokumentieren, die sie zuvor selbst durchgesetzt haben. Abgesehen von einem Treffen mit jüdischen und palästinensischen Aktivisten einige Jahre zuvor war ich seit meinem Armeedienst in den 1970ern nicht mehr in den besetzten Gebieten gewesen.

In Hebron sahen wir, wie das Militär das einst blühende Stadtzentrum seiner palästinensischen Bevölkerung entledigt und es für jüdischen Siedler abgeriegelt hatte, die es übernommen hatten. Wir sahen die Verachtung, mit der die Truppen die einheimischen Araber – die rechtmäßigen Eigentümer des Ortes – behandelten, und wir sahen die Arroganz der Siedler, die von schwer bewaffneten Soldaten geschützt wurden. In einem Park, der nach Meir Kahane benannt ist, dem rassistischen Rabbiner und Gründer der faschistischen Kach-Partei, kamen wir zu einem Schrein, der zu Ehren von Baruch Goldstein errichtet worden war. Goldstein, ein Arzt, hatte im Februar 1994 in der Höhle der Patriarchen, die auch als Moschee dient, neunundzwanzig Gläubige massakriert und mehr als hundert weitere verletzt – ein Ereignis, das die Selbstmordattentatskampagne der Hamas in jenem April auslöste. Die Inschrift auf Goldsteins Grab schwärmt davon, dass dieser Massenmörder, den der kürzlich wieder eingesetzte israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, verehrt, «seine Seele für das jüdische Volk, seine Tora und sein Land gegeben hat, <mit reinen Händen und reinem Herzen>».

Die schiere Grausamkeit und Herzlosigkeit der Besatzung ließ meine Tochter, die in den USA mit einem gänzlich anderen Bild von Israel aufgewachsen war, schockiert zurück. Ein Staat, der all das nur wenige Kilometer von der angeblich «einzigen Demokratie im Nahen Osten» entfernt zuließ, so waren wir uns einig, hatte seinen moralischen Kompass verloren. Eine jüdische Bevölkerung, die diese Abscheulichkeit gleich hinter der «Trennungsmauer» geschehen ließ, war gewissenlos geworden. Das war acht Jahre vor dem 7. Oktober.

### 3.

Obwohl die Berichterstattung vor Ort schwierig und gefährlich ist, gibt es über das, was nach dem 7. Oktober in Gaza geschah, ein Übermaß an Informationen. Wer einen detaillierten, tagesgenauen Bericht darüber sucht, wie die örtliche Bevölkerung das Bombardement der IDF und den anschließenden Einmarsch in den Gazastreifen erlebte, findet in Atef Abu Saifs *Schau nicht nach links* eine unverzichtbare Lektüre. Selbst in den seltenen Berichten der amerikanischen

Mainstream-Medien, die mit relativer Sympathie über die Palästinenser im Gazastreifen sprechen, werden Namen und persönliche Geschichten meist weggelassen – das genaue Gegenteil der personalisierten Berichte über die Opfer des Hamas-Massakers und ihre Familien. Abu Saif füllt diese Lücke, indem er die willkürliche, grausame Zerstörung aufzeichnet, die die IDF seinen Familienmitgliedern und engsten Freunden angetan hat.

Abu Saif ist Minister in der Palästinensischen Autonomiebehörde. Als der Krieg ausbrach, besuchte er mit seinem Sohn im Teenageralter das Viertel seiner Kindheit in Jabalia. Er schreibt keine politische Geschichte aus der Ferne, sondern erzählt vom täglichen Leben und häufigen Sterben normaler Menschen – wie sie sprechen, was sie essen, wovon sie träumen, und wie ihr Leben, das nie komfortabel oder besonders hoffnungsvoll war, durch Bomben aus der Luft, den Beschuss von Kriegsschiffen, Artilleriegranaten, Panzern und Drohnen zerfetzt wird. Er erzählt beispielsweise von Wissam, seiner dreiundzwanzigjährigen Nichte, die bei einem Bombenangriff am 16. Oktober, bei dem der größte Teil ihrer Familie getötet wurde, beide Beine und eine Hand verlor; zwei Monaten später wurden sie und ihre Schwester Widdad schließlich evakuiert und in ein Krankenhaus nach Ägypten gebracht.

Abu Saif und sein Sohn verließen den Gazastreifen Ende Dezember 2023. Ein ganzes Jahr lang ging das Gemetzel im gesamten Gazastreifen danach weiter, ununterbrochen. Im Oktober 2024 berichtete der Chirurg Feroze Sidhwa, der im März und April zwei Wochen lang in Gaza gearbeitet hatte, in der *New York Times*, wie er und dreiundvierzig seiner Kollegen mehrere Kinder im Teenageralter gesehen hatten, denen offenbar gezielt in den Kopf oder in die Brust geschossen worden war. Die israelischen Streitkräfte haben Journalisten und Medienmitarbeiter in Gaza ins Visier genommen – bis März 2025 wurden 162 Personen getötet – sowie medizinisches Personal. Das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten berichtete, dass Anfang Dezember 2024 nur noch siebzehn der sechsunddreißig Krankenhäuser in Gaza auch nur teilweise funktionsfähig waren. Nach Angaben von Ärzte ohne Grenzen (MSF) waren bis dahin mehr als tausend medizinische Fachkräfte getötet worden. Anfang Januar zählte die WHO knapp dreihundert inhaftierte Mitarbeiter des Gesundheitswesens. Bei israelischen Angriffen wurden seit Beginn des Krieges insgesamt neun MSF-Mitarbeiter getötet. Am 21. März 2025 wurde gemeldet, dass die IDF das türkische Krankenhaus in der Nähe des Netzarim-Korridors, der den nördlichen Gazastreifen vom übrigen trennt, bombardiert hatte.

Wie das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte im September 2024 berichtete, ist bekannt, dass mehrere Ärzte in israelischer Gefangenschaft gestorben sind. CNN berichtete, dass der Leiter von al-Shifa, dem größten Krankenhaus in Gaza, nach eigenen Angaben während seiner siebenmonatigen israelischen Haft wiederholt gefoltert worden sei. (Er wurde schließlich ohne Anklage freigelassen.) Im Dezember 2024 nahmen die IDF den Direktor des Kamal-Adwan-Krankenhauses

in Gaza, Hussam Abu Safiya, fest und brachten ihn in das berüchtigte Militärlager Sde Teiman, wo er, wie sein Anwalt gegenüber Al Jazeera erklärte, mehreren Formen von Folter und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt war. Zur Stunde befindet er sich noch immer in israelischer Haft.

Der nördliche Gazastreifen, einschließlich Jabalia, wurde mithilfe US-amerikanischer Waffen, darunter einer großen Zahl 1.000 Kilogramm schwerer, auf großflächig-wahllose Zerstörung optimierter «dumb bombs», in ein Trümmermeer verwandelt. Ein israelischer Filmemacher, der aus Gaza zurückgekehrte Reservisten interviewte, sagte mir, sie verglichen die dortige Verwüstung mit Fotos von Hiroshima (er sucht derzeit israelische oder europäische Finanzmittel, um seinen Film zu produzieren). Zwischen Oktober 2024 und Januar 2025 schien die Operation im nördlichen Gazastreifen dem sogenannten «Plan der Generäle» zu folgen, einem Kalkül, das nördliche Drittel des Streifens durch eine Kombination aus Militärschlägen und Aushungern zu entvölkern. Berichten zufolge wurde das Gebiet um den Netzarim-Korridor zu einer «Tötungszone» erklärt, in der die IDF-Truppen jeden erschießen konnten, den sie sahen. Zeugenaussagen aus Gaza beschreiben herumstreunende Hunde, die sich von unbeerdigten Leichen ernähren. Als der frühere IDF-Stabschef und Verteidigungsminister Mosche «Bogie» Ja'alon die israelische Militäroperation als ethnische Säuberung bezeichnete, wurde er von der Rechten, aber auch von der Opposition heftig angegriffen, schließlich unterstelle er damit, dass die IDF nicht länger als «die moralischste Armee der Welt» bezeichnet werden konnte.

Ethnische Säuberung ist in der Tat nicht der passendste Begriff für die Aktionen der IDF. Die israelischen Streitkräfte verwehren der Bevölkerung des Gazastreifens nicht nur den Zugang zu Essen, Wasser, medizinischer Versorgung und sanitären Einrichtungen, sie greifen sie auch unentwegt an: Menschen, die aus einer Zone vertrieben wurden, landen in einer anderen, wo sie aufs Neue angegriffen oder vertrieben werden. Seit dem Einmarsch der IDF in Rafah im Mai 2024 und der erneuten Vertreibung von etwa einer Million Palästinenser in den südlichen Gazastreifen, wo Hunderttausende noch immer in riesigen Zeltstädten ohne nennenswerte Infrastruktur leben, ist es unmöglich, die israelische Operation etwas anderes als einen Genozid zu nennen. Die wiederholten Vertreibungen, die unaufhörlichen Angriffe auf die als Sicherheitszonen ausgewiesenen Gebiete, die systematische Zerstörung von Wohnungen, Infrastruktur, Krankenhäusern, Universitäten, Schulen, Gebetsstätten, Museen und anderen Stätten des kollektiven Gedächtnisses und der geteilten Identität – all dies deutet auf die bereits in den ersten Tagen der Kampagne geäußerte Absicht hin, die physische und kulturelle Existenz der Palästinenser im Gazastreifen vollständig zu vernichten und das Gebiet unbewohnbar zu machen. Seit Wiederaufnahme der israelischen Militäraktivitäten im März 2025 gibt es zahlreiche Berichte, wonach Israel den gesamten Gazastreifen übernehmen und einer Militärregierung unterstellen will, möglicherweise mit

Unterstützung der Trump-Administration und in der Hoffnung, die Bevölkerung zum vollständigen Exodus zu zwingen.

Eines Nachmittags Anfang Dezember 2024 saß ich mit einem jahrzehntelangen Freund in einem beliebten Café gegenüber dem Habimah-Theater in Tel Aviv. Ich schaute mich in dem quirligen Café um und fragte: «Wie sieht eine Gesellschaft aus, die einen Völkermord begeht?» «So», waren wir uns einig. Einige jüngeren Männer und Frauen, die an ihren Espressi nippten, waren vielleicht gerade von einem Einsatz im Gazastreifen oder Libanon zurückgekehrt. Einige hatten vielleicht am 7. Oktober oder bei den anschließenden Kämpfen Freunde oder Familienangehörige verloren. Sie alle waren von den Luftschuttsirenen aus ihrem Tagesablauf oder aus dem Schlaf gerissen worden. An der Oberfläche wirkte alles entsetzlich normal, obwohl Gaza nur fünfundvierzig Meilen südlich lag.

Ich war nach Israel gekommen, um meine neuen Zwillingssenkel zu besuchen, die elf Monate zuvor geboren worden waren. Aber ich wollte auch Freunde und Bekannte treffen, um zu sehen, wie sich die Stimmung seit meinem letzten Besuch im Juni verändert hatte. Damals hatte mich der nahezu vollständige Unwille der jüdischen Israelis beeindruckt – nicht zuletzt meiner liberalen oder linken Bekannten –, die Gräueltaten der IDF in Gaza auch nur wahrzunehmen. Jetzt sah ich eine gewisse Veränderung. Mehr Menschen schienen sich der außerordentlichen Verwüstung bewusst zu sein, die dort angerichtet wurde, weniger durch die Fernsehnachrichten als durch Zeitungsartikel und Videos in den sozialen Medien, die von IDF-Reservisten gepostet wurden. Die Israelis, mit denen ich sprach, hatten kaum Rachegeleüste oder wünschten sich noch mehr Gewalt. Aber sie zeigten auch nicht viel Empathie. Stattdessen herrschte eine Art Resignation, Gleichgültigkeit und Verzweiflung.

Auf regelmäßig stattfindenden Demonstrationen wurde noch immer ein Geislabkommen gefordert, und einige stellten sich auch gegen die Regierung oder sprachen sich für einen Waffenstillstand aus. Aber die Zahl der Demonstranten war geschrumpft, und die Hoffnung auf Veränderung größtenteils verschwunden. Im Mittelpunkt der Proteste stand ohnehin nie das Sterben der Palästinenser. Im Dezember befürwortete weniger als die Hälfte der israelischen Juden eine Beendigung des Krieges, während sich nach dem Waffenstillstand im Januar eine Mehrheit für die Beendigung des Krieges im Austausch gegen alle Geiseln aussprach. Während all dieser Zeit gab es Menschen, die sich gegen Netanjahu aussprachen – doch die Zahl derer, die auch einen territorialen Kompromiss mit den Palästinensern akzeptieren würden, ist geringer. Viele beklagen die (überschaubaren) Verluste unter Israels Soldaten – doch diejenigen, die zugleich ein Auge auf die Auslöschung Gazas haben, sind in der Minderheit. Während meines zweiten Besuchs rügten mich einige Freunde sanft, weil ich zu unverblümt und öffentlich über den Genozid sprach, und insbesondere, weil ich in einem englischsprachigen Artikel enthüllt hatte, dass ein alter Freund den israelischen Medien mitgeteilt hatte, für das Schicksal der Kinder in

Gaza sei «kein Platz in [seinem] Herzen». Die arabischen Gemeinden in Israel waren ängstlich und schweigsam, sie waren unkontrollierter Bandengewalt und polizeilicher Schikane ausgesetzt. In Tel Aviv waren die Restaurants und Cafés wimmelnd voll, die neue Stadtbahn glänzte und lief reibungslos, und auf der Strandpromenade tummelten sich die Spaziergänger und Jogger. Es waren auch deutlich mehr Bettler auf den Straßen.

**Natürlich gibt es in Israel oppositionelle Stimmen**, und inzwischen sind sie zahlreicher als unmittelbar nach dem 7. Oktober. Doch die meisten von ihnen fühlen sich einflusslos und zahlenmäßig unterlegen. Auf Initiative des Historikers Amos Goldberg traf ich mich mit einer Gruppe jüdischer und palästinensischer Akademiker der Hebräischen Universität, die ihre Kollegen nicht nur gegen den Krieg und die Regierung zu mobilisieren versuchen, sondern auch gegen eine Universitätsverwaltung, die Widerstand unterdrückt und eines ihrer wenigen palästinensischen Fakultätsmitglieder, Professorin Nadera Shalhoub-Kevorkian, offen diskriminiert hat. Die Gruppe war klein. Man versicherte mir, dass sie für eine größere Zahl sprachen, aber einige deuteten an, dass nicht alle widerständigen Universitätsmitglieder die gleichen Ziele verfolgten. Einigen ging es um die Unterdrückung der palästinensischen Stimmen und die israelische Gewalt im Gazastreifen und im Westjordanland, anderen um die akademische Unabhängigkeit und Redefreiheit für Juden.

Bei einem Besuch der bekannten Kunstgalerie von Said Abu Shakra in Umm al-Fahm, einer palästinensischen Stadt auf israelischem Hoheitsgebiet, war ich von der Begegnung mit jungen jüdischen und palästinensischen Künstlern, die dort gemeinsam arbeiten, sehr bewegt. Abu Shakra vertrat leidenschaftlich die Ansicht, dass wir auch in dieser schwierigen Zeit Kunst und Brüderlichkeit pflegen müssten. Doch er räumte ein, dass die Zeiten sich geändert hatten. Die jungen Künstler scheuten das Gespräch mit mir, ganz offenbar fürchteten sie sich vor jeder Form öffentlicher Bloßstellung. Im Haus des Schauspielers und Theaterregisseurs Sinai Peter in Haifa traf ich mich mit mehreren jüdischen und palästinensischen Freunden, die über Demonstrationen und andere Formen von Widerstand sprachen. Ein palästinensischer Chirurg erzählte, wie er auf einer kleinen Kundgebung gegen das anhaltende Gemetzel in Gaza hatte sprechen wollen. Erst hinderten ihn die Organisatoren daran, dann ließen sie ihn doch reden, nicht zuletzt, weil er als sanftmütiger und vernünftiger Mann bekannt ist. Einige Leute hätten die Zusammenkunft verlassen, als er von palästinensischem Leid zu sprechen begann.

Viele, die ich traf, erzählten mir Geschichten, die mir das Blut erkalten ließen. Ich hörte von einem Armeepiloten, der seinen Job mit demjenigen eines LKW-Fahrers für besonders wertvolle Güter verglich. Er steigt in die Luft und feuert seine Raketen ab, doch von dem ihm vorgegebenen, weit entfernten Ziel weiß er nichts – was er getroffen hat, erfährt er vielleicht aus den Nachrichten der nächsten Tage. Ich hörte von einer Drohnenoperatorin, die das Land überstürzt verließ, als ihr klar wurde, wie

viele Menschen sie getötet hatte. Ich hörte von einer linksgerichteten Mutter, deren Sohn schockiert aus Gaza zurückkehrte und von seinen Erlebnissen berichten wollte, doch sie bat ihn zu schweigen. Ich hörte von einem jungen Offizier, der während der Durchsuchung eines leerstehenden Gebäudes in Gaza einen palästinensischen Teenager aufgriff, der sich um die dort zurückgebliebene Großmutter kümmerte. Als die Soldaten die Frau im Keller fanden, erschossen sie sie auf der Stelle und gegen den anderslautenden Befehl des Offiziers. Er habe nichts dagegen tun können, sagte er. Eine andere Person sagte mir: «Wenn die IDF tausend Hunde im Gazastreifen töten würde, würde das in der Öffentlichkeit einen größeren Aufschrei auslösen als die Massenabschlachtung von Menschen.»

Mehrere meiner Gesprächspartner verglichen ihr Normalitätsgefühl in der Nähe der Gräueltaten mit dem Film *The Zone of Interest* (2023) über den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß, der mit seiner Familie in einem gepflegten Haus am Rande des Lagers lebt. Einige Reservisten, erfuhr ich, waren mit schweren posttraumatischen Störungen aus dem Gazastreifen zurückgekehrt und hatten keine Hilfe erhalten. Nach Berichten in den israelischen Medien und Angaben meiner Quelle starben etliche von ihnen durch Suizid. Auf meiner Reise traf ich Lee Mordechai, einen mutigen jungen Professor an der Hebräischen Universität, der eine umfangreiche, regelmäßig aktualisierte Liste der von den IDF begangenen Kriegsverbrechen im Internet betreibt. Wie die jüngsten Berichte von Amnesty International, Human Rights Watch oder Ärzte ohne Grenzen ist seine Liste eine erschreckende, aber notwendige Lektüre.

Mein Sohn und seine junge Familie waren gerade umgezogen, als ich sie besuchte. Das vergangene Jahr hindurch waren sie jedes Mal, wenn die Sirenen ertönten, mit ihren Babys zwei Stockwerke hinunter in den Kellerschutzraum gestiegen. Ihre neue Wohnung hatte einen eigenen *safe room*, was in der Regel eine höhere Miete oder eine weiter vom Stadtzentrum Tel Avivs entfernte Lage bedeutet. Die Cousine meiner Schwiegertochter und ihre Töchter halfen mit den Zwillingen. Die jüngste Tochter zeigte mir glückliche Videoclips ihres Vaters, der zu dieser Zeit noch in Gaza als Geisel festgehalten wurde. Im Februar 2025 kam er völlig abgemagert frei und kämpft seither für die Freilassung der übrigen Geiseln.

In der Nähe des neuen Wohnorts meines Sohnes liegt ein schöner Park. Während meines Besuchs schlug er vor, einen kleinen Hügel namens Tel Napoleon zu besteigen, um die dortige Aussicht zu genießen. Der Hang, den wir hinaufstiegen, war von Unebenheiten und Mauerresten durchzogen, ein Hinweis auf zerstörte Häuser. Auf dem Hügel erkannten wir einen Sabra-Zaun, hohe einheimische Kakteen, die traditionell zur Abgrenzung von Landparzellen verwendet wurden. Dort muss also ein palästinensisches Dorf gewesen sein. Als ich den Hügel am nächsten Tag im Internet nachschlug, stellte ich fest, dass Wikipedia zwar archäologische Ausgrabungen in der Nähe des Dorfes Jarisha erwähnt, vom Verschwinden des Dorfes aber nichts weiß. Für Fotos und Einzelheiten über seine

Zerstörung Ende März 1948 muss man die Website von *Zochrot* aufsuchen, einer israelischen NGO, die Informationen über die Nakba sammelt. Viele der Vertriebenen, insbesondere aus Dörfern und Städten im nordwestlichen Negev und an der Südküste, landeten im Gazastreifen.

#### 4.

Zu Beginn seines beeindruckenden Essays *Une étrange défaite* (eng. *Moral Abdication: How the World Failed to Stop the Destruction of Gaza*) erklärt Didier Fassin, warum er sich für seinen Buchtitel bei einem Bericht Marc Blochs über die französische Niederlage von 1940 inspirieren ließ. In *L'Étrange défaite* (dt. *Eine seltsame Niederlage*) diagnostizierte Bloch – vier Jahre vor seiner Exekution als Mitglied der Résistance durch die Gestapo – eine militärische Niederlage; Fassin geht es um eine moralische. «Die Einwilligung in die Zerstörung Gazas hinterlässt eine enorme Wunde in der moralischen Ordnung der Welt», hebt er an. «Mehr noch als an die Aufgabe eines Teils der Menschheit (...) wird die Geschichte sich an die Unterstützung erinnern, mit der diese Zerstörung vonstatten ging.»

Wie kann es sein, fragt Fassin, «dass die politischen Verantwortlichen und intellektuellen Vertreter der wichtigsten westlichen Länder bis auf wenige Ausnahmen (...) den statistischen Fakt akzeptieren, dass das Leben eines palästinensischen Zivilisten um einen Faktor von mehreren hundert weniger wert ist als dasjenige eines Israelis?»

Wie ist zu erklären, «dass Demonstrationen und Versammlungen, die einen gerechten Frieden fordern, verboten wurden?»

Wie kommt es, «dass die meisten großen westlichen Medien ungeprüft und beinahe automatisch die Version der Ereignisse aus dem Lager der Besatzer wiedergeben, die Perspektive der Besetzten hingegen unablässig in Zweifel ziehen?»

Und: «Warum wenden sich so viele, die protestieren, ja aufbegehren könnten, ihre Augen von der Vernichtung eines Territoriums, seiner Geschichte und Denkmäler, seiner Krankenhäuser und Schulen, seiner Wohnungen und seiner Infrastruktur, seiner Straßen und seiner Bewohner ab – warum ermutigen sie sogar in vielen Fällen die Fortsetzung dieser Zerstörung?»

«Das Paradox liegt darin», fährt Fassin fort, «dass dieser moralische Verzicht der Staaten im Namen der Moral selbst geschah. Die europäischen Länder haben eine historische Verantwortung gegenüber den Juden, sagt man, und müssen deshalb ihre Sicherheit garantieren. Der Anschlag vom 7. Oktober wurde als monströser Akt angesehen, der Israel in seiner Existenz bedrohte. Die

Gegenmaßnahmen des Tsahal [IDF] waren somit nicht nur unvermeidlich, sie waren legitim. Gewiss war der Tod der palästinensischen Zivilisten etwas, das man bedauerte. Doch es galt, ihn als Kollateralschaden anzusehen, den die israelische Armee nach Kräften vermied. Im Grunde war die Zerstörung Gazas und eines Teils seiner Bevölkerung das kleinere Übel, das ein größeres beseitigte, nämlich die Zerstörung des jüdischen Staates, auf die die Hamas es abgesehen hatte. Wer unter diesen Umständen von den Verbrechen spricht, die die Israelis begehen, macht sich der abscheulichsten Form des Rassismus verdächtig: des Antisemitismus. Dies gilt insbesondere dann, wenn von Völkermord gesprochen wird, um auf das Massaker an der palästinensischen Bevölkerung hinzuweisen, denn es ist nicht hinnehmbar, dass die Nachkommen eines Volkes, das Opfer des größten Völkermordes wurde, beschuldigt werden, selbst einen solchen zu begehen.»

Das ist natürlich die Sichtweise, die die meisten Israelis heute teilen. Indem die Regierungen der USA und Westeuropas sie kritiklos übernahmen und in die Auslöschung des Gazastreifens einwilligten, akzeptierten und verwendeten sie auch eine fehlgeleitete Erinnerung an den Holocaust und ein verzerrtes Verständnis seiner Lehren für die Gegenwart.

Eine Spätfolge dieser Travestie könnte jedoch sein, dass Israel durch seinen Genozid in Gaza endgültig seinen Status als einzigartiger Staat verliert, der seine Wurzeln in einem einzigartigen Holocaust hat. Den Zehntausenden von palästinensischen Opfern, den Opfern des Hamas-Massakers, den toten und sterbenden Geiseln und ihren zerrütteten Familien wird das nichts nützen. Aber die Lizenz, die Israel, das Land der Opfer, lange Zeit genoss und missbrauchte, könnte an ihr Ende gelangen. Es steht den Söhnen und Töchtern der nächsten Generation frei, ihr eigenes Leben und ihre Zukunft jenseits der Erinnerung an den Holocaust zu entwerfen. Sie werden für die Sünden ihrer Eltern bezahlen und die Last des in ihrem Namen begangenen Völkermords tragen müssen. Sie werden sich mit dem auseinandersetzen müssen, was der große, oft vergessene israelische Dichter Avotth Yeshurun nach der Nakba schrieb, deren Wiederholung oder Fortsetzung wir gerade erleben: «Der Holocaust an den Juden Europas und der Holocaust an den Arabern von Eretz Israel sind ein einziger Holocaust am jüdischen Volk. Die beiden sehen einander ins Auge. Davon spreche ich.»

— 27. März 2025

*Zuerst erschienen unter dem Titel «Infinite Licence» in New York Review of Books, 24. April 2025. Copyright 2025 Omer Bartov.*

**anm.:** I Eine weitere aktuelle Insider-Sicht auf die Siedler- und Militärgewalt im Westjordanland bietet der Oscar-prämierte Dokumentarfilm *No*

*Other Land* (2024), bei dem Basel Adra, Hamdan Ballal, Yuval Abraham und Rachel Szor gemeinsam Regie führten. ↑

auct.: Omer Bartov ist Professor für Holocaust and Genocide Studies an der Brown University. Seine Bücher *Anatomy of a Genocide: The Life and Death of a...*

transl.: Tobias Haberkorn ist Herausgeber und Gründungsredakteur der Berlin Review. [Mehr lesen]

# Zeitschrift für Bücher und Ideen